



Niederschrift

37. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion

Sitzungstermin:	Dienstag, 13.02.2018
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:15 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Imke Eisenblätter	Bürgerbündnis	Sitzungsleitung
------------------------	---------------	-----------------

Ausschussmitglieder

Frau Kati Biesecke	DIE LINKE	
Frau Jana Schulze	DIE LINKE	
Frau Dr. Uta Wegewitz	SPD	
Herr Hans-Wilhelm Dünn	CDU/ANW	
Frau Corinna Liefeld	DIE aNDERE	

zusätzliches Mitglied

Frau Irene Kamenz	Bürgerbündnis-FDP	
-------------------	-------------------	--

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Uwe Fröhlich	Bündnis 90/Die Grünen	
-------------------	-----------------------	--

sachkundige Einwohner

Frau Dr. Gabriele Herzel	DIE LINKE	
Herr Axel Mertens	Bündnis 90/Die Grünen	ab 18:15 Uhr
Herr Karsten Oqueka	Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler	
Herr Bertram Otto	SPD	ab 18:14 Uhr

Beigeordnete

Herr Mike Schubert	SPD	
--------------------	-----	--

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
--------------------	-----------------------	--------------

sachkundige Einwohner

Frau Christiane Dreusicke	CDU/ANW	nicht entschuldigt
Frau Olga Gelfand	Migrantenbeirat	entschuldigt
Frau Barbara Müller	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat	entschuldigt
Frau Monique Tinney	DIE aNDERE	entschuldigt

Gäste:

Her Christoph Richter	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Herr Herbert Claes	FB Grün- und Verkehrsflächen
Frau Uta Kitzmann	FB Soziales und Gesundheit
Frau Angelika Ehebrecht	FB Soziales und Gesundheit
Frau Eiken-Carina Magnussen	FB Soziales und Gesundheit
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.01.2018 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen
Einrichtungen der LHP
Vorlage: 17/SVV/0059
Fraktion CDU/ANW
- Wiedervorlage -
- 4.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre
2018/2019
Vorlage: 17/SVV/0951
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung
- Wiedervorlage -
- 4.3 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2018
Vorlage: 17/SVV/0952
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service
- Wiedervorlage -
- 4.4 Zukunftsprogramm 2022
Vorlage: 17/SVV/0953
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
- Wiedervorlage -
- 4.5 Kein Einsatz von Glyphosat auf Flächen der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 18/SVV/0054
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Auswertung des Fachtages "Psychiatrie" vom 16.01.2018
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Imke Eisenblätter.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.01.2018 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Eisenblätter stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Frau Eisenblätter stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 16.01.2018 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird mit 5 Zustimmungen und 2 Enthaltung bestätigt.

Frau Eisenblätter teilt mit, dass sie im TOP „Sonstiges“ noch Informationen zum ersten Treffen der AG Förderung freier Träger geben, sowie einen Vorschlag zur Themenplanung für die nächsten 2 bis 3 Monate unterbreiten wird.

Frau Schulze weist darauf hin, dass der Antrag 17/SVV/0059 „Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen Einrichtungen der LHP“ (TOP 4.1) im GSI-Ausschuss und im Jugendhilfeausschuss zurückgezogen wurde. In der heutigen Sitzung sollte eigentlich durch die Verwaltung nur eine Information gegeben werden.

Es wird verabredet, dass es dazu eine Verständigung im Zusammenhang der Beratung des Tagesordnungspunktes gibt.

Anschließend stellt Frau Eisenblätter die Tagesordnung zur Abstimmung. Die Tagesordnung wird mit 7 Zustimmungen einstimmig bestätigt.

zu 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums

Frau Eisenblätter weist darauf hin, dass der Bericht des **Seniorenbeirates** allen Ausschussmitgliedern schriftlich vorliegt. Da Herr Puschmann aufgrund eines anderen Termins heute nicht an der Ausschusssitzung teilnehmen kann, müssen eventuelle Nachfragen in der nächsten Sitzung besprochen werden. Der Bericht des Seniorenbeirates wird zur Kenntnis genommen.

Frau Eisenblätter informiert, dass Frau Gelfand ebenfalls nicht an der Sitzung teilnehmen kann. Ein schriftlicher Bericht des **Migrantenbeirates** liegt nicht vor.

Herr Richter (Büro für Chancengleichheit und Vielfalt) informiert mit Unterstützung

einer Präsentation über den aktuellen Stand des Verfahrens zur Aufstellung des Beirates für Menschen mit Behinderung.

Er erklärt die Zusammensetzung des Beirates, der zukünftig aus 20 Mitgliedern mit und ohne Behinderung besteht. Davon mindestens 10 Menschen mit Behinderung, 2 Jugendliche und 8 Personen mit und ohne Behinderung.

Mit Stand vom 31.01.2018 liegen insgesamt 42 Anmeldungen vor.

Herr Richter bittet um ein Votum des GSI-Ausschusses zum Verfahren und dazu, dass der Beirat für Menschen mit Behinderung zukünftig aus 20 Mitgliedern bestehen soll. Des Weiteren bittet er darum, dass 2 Mitglieder des GSI-Ausschusses am 21.02.2018 als stille Beobachter das Verfahren der Nominierung des Beirates begleiten. Die Veranstaltung findet am 21.02.2018, 16:00 Uhr im Potsdam-Museum statt.

Es wird angestrebt, die Wahl des Beirates in der Stadtverordnetenversammlung am 07.03.2018 vorzunehmen.

Frau Eisenblätter dankt Herrn Richter für die Begleitung des Prozesses. Sie spricht sich für einen 20köpfigen Beirat aus.

Frau Kamenz erklärt sich bereit, das Verfahren zu begleiten.

Herr Fröhlich betont, dass es wichtig ist, den Beirat breit aufzustellen. Er erklärt sich ebenfalls bereit, an dem Verfahren mitzuwirken, betont aber, dass er zurücktreten würde, wenn Frau Eifler Interesse signalisieren würde.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen Einrichtungen der LHP

Vorlage: 17/SVV/0059

Fraktion CDU/ANW

- Wiedervorlage -

Herr Dünn erinnert daran, dass der Antrag in der Novembersitzung 2017 durch ihn zurückgezogen wurde, da von Seiten der Verwaltung signalisiert wurde, dass man an dem Thema arbeite.

Der Fraktionsvorsitzende der Fraktion CDU/ANW, Herr Finken, hat in der Sitzung des Hauptausschusses am 13.12.2017 den Antrag zurückgestellt, um die Information der Verwaltung abzuwarten. Am 07.02.2018 wurde Herr Finken durch Frau Dr. Böhm informiert, dass der Stand aktuell unverändert ist.

Herr Schubert bestätigt, dass es bisher keinen neuen Stand gibt.

Herr Dünn weist darauf hin, dass die Verwaltung die Umsetzung des Antrages aufgrund eines Mangels an Ressourcen nicht realisieren konnte. Er stellt den Antrag bis zur April-Sitzung 2018 des GSI-Ausschusses zurück.

Frau Schulze bittet um Verständigung zum Verfahren. Sie weist darauf hin, dass der Antrag in 2 Fachausschüssen zurückgezogen und am 13.12.2017 im Hauptausschuss zurückgestellt wurde. Sie bittet zu prüfen, ob dies der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung entspricht.

Herr Schubert erinnert daran, dass Herr Dünn sich die Prioritäten der Verwaltung ansehen und daraufhin den Antrag konkretisieren wollte.

Herr Dünn wollte die Antworten der Verwaltung abwarten und prüfen, ob der Antrag erledigt ist.

Herr Schubert schlägt vor, das Thema in einer der nächsten Sitzungen zu behandeln und Frau Dr. Böhm dazu zu laden.

Frau Eisenblätter stellt die Zurückstellung des Antrages zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 4.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019

Vorlage: 17/SVV/0951

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung
- Wiedervorlage -

Frau Eisenblätter schlägt vor, zunächst die Änderungsanträge der Fraktion B90/Grüne einzubringen.

Herr Fröhlich bringt folgende Anträge ein und erläutert diese:

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für die Umsetzung von Maßnahmen, die aus dem Psychiatrie-Konzept der Landeshauptstadt Potsdam entwickelt werden, sind jährlich Mittel bereit zu stellen. Hierzu ist die Einführung eines neuen Produktes vorzunehmen, das mit jährlich 60.000 Euro ausgestattet werden soll.

Haushaltsbegleitender Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Zukünftige Verträge mit den Trägern der Schulsozialarbeit sollen jährlich stattfindende

Fortbildungsmaßnahmen für die Schulsozialarbeiter*innen zur Suchtprävention beinhalten.

Haushaltsbegleitender Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im geplanten Doppelhaushalt 2018/19 sind unter der Investitionsmaßnahme 92500001, Mittel für Maßnahmen zur Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ausgewiesen. Wir bitten den Oberbürgermeister, die Verwendung der Mittel für geplante Maßnahmen zur Barrierefreiheit mit der Stadtverordnetenversammlung abzustimmen.

Herr Schubert bittet den Antragsteller, den Antrag bezüglich der zukünftigen Verträge mit den Trägern der Schulsozialarbeit zu untersetzen.

Herr Fröhlich sagt zu, zu klären, ob der Antrag konkreter gefasst werden kann. Er kann dazu keine Aussage treffen.

Herr Fröhlich schlägt vor, den Antrag zurückzustellen.

Frau Dr. Wegewitz bringt folgende **Anträge der SPD-Fraktion** ein und erläutert diese:

Begleitantrag:

Der Seniorenbeirat und seine Arbeit soll künftig nicht mehr über FB 38, Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren, und die dortige Projektförderung (Produkt 3517001, Sonstige soziale Angelegenheiten örtlicher Träger) finanziert werden.

Er soll so wie die anderen Beiräte MigrantInnenbeirat und Beirat für Menschen mit Behinderungen fest gefördert mit eigenem Etat i. H. v. ca. 10.000 €, damit verstetigt und in GB 9, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt, angesiedelt werden.

Begleitantrag:

Stadtteilarbeit stärken

Die **Stadtteilarbeit in Potsdam** muss angesichts der Herausforderungen der wachsenden Stadt auf

hohem Niveau verstetigt werden: Bestehende Ehrenamtsstrukturen und die Strukturen der

Stadtteilarbeit stehen vor neuen Aufgaben.

Das geforderte „**Gesamtkonzept** für die Stadtteilarbeit ab 2018“ (17/SVV/0172) wird gerade in der Verwaltung unter Beteiligung der Geschäftsbereiche 4 (Stadterneuerung), 2 (Nachbarschafts- und Begegnungshäuser) und 9 (WerkStatt für Beteiligung) erarbeitet und soll im Juni 2018 vorliegen.

Ausgehend von diesem Konzept muss die Stadtteilarbeit dann auch **finanziell** profund **untersetzt** werden. Nur so kann die Stadtteilarbeit gestärkt werden.

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Für folgende Projekte sollen u.g. Summen bereitgestellt werden:

	2018	2019
Projekt Stadtteilmütter	104.000 €	123.000 €
Stadtteilarbeit Waldstadt	25.000 €	50.000 €
Kultur	18.000 €	25.000 €

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Das parteiübergreifende Projekt „**Frauenwahllokal**“ soll aus Anlass des 100jährigen

Frauenwahlrechts in Deutschland mit je 10.000 Euro für 2018 und 2019 unterstützt werden.

Frau Schulze bittet Herrn Schubert, den Ausschussmitgliedern eine Information zum Projekt „Stadtteilmütter“ zu geben.

Herr Schubert informiert dass am 12.02.2018 ein Gespräch zum Projekt stattgefunden hat. Ein neuer Termin wurde für den 26.02.2018 verabredet, um das Konzept fertig zu bekommen. Grundsätzlich besteht Einigkeit, dass das Projekt durchgeführt werden soll.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt Frau Eisenblätter zunächst die Änderungs-/Ergänzungsvorschläge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Abstimmung.

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für die Umsetzung von Maßnahmen, die aus dem Psychiatrie-Konzept der

Landeshauptstadt Potsdam entwickelt werden, sind jährlich Mittel bereit zu stellen. Hierzu ist die Einführung eines neuen Produktes vorzunehmen, das mit jährlich 60.000 Euro ausgestattet werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Haushaltsbegleitender Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Zukünftige Verträge mit den Trägern der Schulsozialarbeit sollen jährlich stattfindende

Fortbildungsmaßnahmen für die Schulsozialarbeiter*innen zur Suchtprävention beinhalten.

Der Antrag wird lediglich zur Kenntnis genommen.

Haushaltsbegleitender Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im geplanten Doppelhaushalt 2018/19 sind unter der Investitionsmaßnahme 92500001, Mittel für Maßnahmen zur Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ausgewiesen. Wir bitten den Oberbürgermeister, die Verwendung der Mittel für geplante Maßnahmen zur Barrierefreiheit mit der Stadtverordnetenversammlung abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Die Ausschussmitglieder verständigen sich, dass über die Anträge der Fraktion SPD im Block abgestimmt wird.

Frau Eisenblätter stellt die Anträge zur Abstimmung

Begleitantrag:

Der Seniorenbeirat und seine Arbeit soll künftig nicht mehr über FB 38, Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren, und die dortige Projektförderung (Produkt 3517001, Sonstige soziale Angelegenheiten örtlicher Träger) finanziert werden.

Er soll so wie die anderen Beiräte Migrantinnenbeirat und Beirat für Menschen mit Behinderungen fest gefördert mit eigenem Etat i. H. v. ca. 10.000 €, damit verstetigt und in GB 9, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt, angesiedelt werden.

Begleitantrag:

Stadtteilarbeit stärken

Die **Stadtteilarbeit in Potsdam** muss angesichts der Herausforderungen der wachsenden Stadt auf

hohem Niveau verstetigt werden: Bestehende Ehrenamtsstrukturen und die Strukturen der

Stadtteilarbeit stehen vor neuen Aufgaben.

Das geforderte „**Gesamtkonzept** für die Stadtteilarbeit ab 2018“ (17/SVV/0172)

wird gerade in der Verwaltung unter Beteiligung der Geschäftsbereiche 4

(Stadterneuerung), 2 (Nachbarschafts- und Begegnungshäuser) und 9 (Werkstatt für Beteiligung) erarbeitet und soll im Juni 2018 vorliegen.

Ausgehend von diesem Konzept muss die Stadtteilarbeit dann auch **finanziell** **profund untersetzt** werden. Nur so kann die Stadtteilarbeit gestärkt werden.

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Für folgende Projekte sollen u.g. Summen bereitgestellt werden:

	2018	2019
Projekt Stadtteilmütter	104.000 €	123.000 €
Stadtteilarbeit Waldstadt	25.000 €	50.000 €
Kultur	18.000 €	25.000 €

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Das parteiübergreifende Projekt „**Frauenwahllokal**“ soll aus Anlass des 100jährigen Frauenwahlrechts in Deutschland mit je 10.000 Euro für 2018 und 2019 unterstützt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Anschließend bittet die Ausschussvorsitzende um Abstimmung über die so geänderte Drucksache.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019 mit dem Haushaltsplan und seinen Anlagen wird beschlossen.

Mit folgenden Änderungen/Ergänzungen:

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Für die Umsetzung von Maßnahmen, die aus dem Psychiatrie-Konzept der Landeshauptstadt Potsdam entwickelt werden, sind jährlich Mittel bereit zu stellen. Hierzu ist die Einführung eines neuen Produktes vorzunehmen, das mit jährlich 60.000 Euro ausgestattet werden soll.

Haushaltsbegleitender Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Im geplanten Doppelhaushalt 2018/19 sind unter der Investitionsmaßnahme 92500001, Mittel für Maßnahmen zur Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ausgewiesen. Wir bitten den Oberbürgermeister, die Verwendung der Mittel für geplante Maßnahmen zur Barrierefreiheit mit der Stadtverordnetenversammlung abzustimmen.

Begleitantrag:

Der Seniorenbeirat und seine Arbeit soll künftig nicht mehr über FB 38, Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren, und die dortige Projektförderung (Produkt 3517001, Sonstige soziale Angelegenheiten örtlicher Träger) finanziert werden.

Er soll so wie die anderen Beiräte Migrantinnenbeirat und Beirat für Menschen mit Behinderungen fest gefördert mit eigenem Etat i. H. v. ca. 10.000 €, damit verstetigt und in GB 9, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt, angesiedelt werden.

Begleitantrag:

Stadtteilarbeit stärken

Die **Stadtteilarbeit in Potsdam** muss angesichts der Herausforderungen der wachsenden Stadt auf

hohem Niveau verstetigt werden: Bestehende Ehrenamtsstrukturen und die Strukturen der

Stadtteilarbeit stehen vor neuen Aufgaben.

Das geforderte „**Gesamtkonzept** für die Stadtteilarbeit ab 2018“ (17/SVV/0172)

wird gerade in der Verwaltung unter Beteiligung der Geschäftsbereiche 4

(Stadterneuerung), 2 (Nachbarschafts- und Begegnungshäuser) und 9 (Werkstatt für Beteiligung) erarbeitet und soll im Juni 2018 vorliegen.

Ausgehend von diesem Konzept muss die Stadtteilarbeit dann auch **finanziell** **profund untersetzt** werden. Nur so kann die Stadtteilarbeit gestärkt werden.

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Für folgende Projekte sollen u.g. Summen bereitgestellt werden:

2018 2019

Projekt Stadtteilmütter 104.000 € 123.000 €

Stadtteilarbeit Waldstadt 25.000 € 50.000 €

kultur 18.000 € 25.000 €

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Das parteiübergreifende Projekt „**Frauenwahllokal**“ soll aus Anlass des 100jährigen

Frauenwahlrechts in Deutschland mit je 10.000 Euro für 2018 und 2019 unterstützt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **6**

Ablehnung: **0**

Stimmenthaltung: **1**

zu 4.3 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2018**Vorlage: 17/SVV/0952**

Oberbürgermeister, Kommunalen Immobilien Service

- Wiedervorlage -

Frau Eisenblätter stellt die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunaler Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2018.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **6**

Ablehnung: **0**

Stimmenthaltung: **1**

zu 4.4 **Zukunftsprogramm 2022**

Vorlage: 17/SVV/0953

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
- Wiedervorlage -

Frau Eisenblätter stellt die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Das Zukunftsprogramm (ZP) wird als Zukunftsprogramm (ZP) 2022 fortgeschrieben.

Das Zukunftsprogramm (ZP) 2022 wird mit seinen Maßnahmen umgesetzt.

Das erstmalig mit dem Haushalt 2013/2014 aufgestellte Zukunftsprogramm wird in den Jahren 2018 und 2019 evaluiert und gemäß der Herausforderungen der dynamisch wachsenden Stadt als zielgerichtetes Instrument zur Haushaltskonsolidierung weiterentwickelt.

Mit dem ZP 2022 wird ein Konzept entwickelt, das den Einstieg und die Durchführung einer Aufgabenkritik in der Landeshauptstadt Potsdam ermöglicht.

Die Vorschläge des Bürgerhaushalts zur Haushaltskonsolidierung werden im Falle einer entsprechenden Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung in das ZP übernommen.

Die Stadtverordnetenversammlung wird über den Prüf- und Umsetzungsstand des ZP 2022 bezogen auf das Haushaltsjahr 2018 im zweiten Halbjahr des Jahres 2019 informiert. Bezogen auf das Haushaltsjahr 2019 erfolgt ein Bericht im zweiten Halbjahr des Jahres 2020. Die Abrechnung des ZP 2022 erfolgt mit dem Jahresabschluss des Jahres 2019.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	3

zu 4.5 **Kein Einsatz von Glyphosat auf Flächen der Landeshauptstadt Potsdam**

Vorlage: 18/SVV/0054

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Fröhlich schlägt vor, im GSI-Ausschuss nur den gesundheitlichen Aspekt zu beraten.

Er bringt den Antrag ein und erläutert diesen.

Herr Claes (FB Grün- und Verkehrsflächen) macht darauf aufmerksam, dass es zwei Beschlüsse gibt, in denen sich die Landeshauptstadt Potsdam verpflichtet, gänzlich auf den Einsatz von Pestiziden zu verzichten. Dabei handelt es sich um den Beschluss des Magistrats der Stadt Potsdam aus dem Jahr 1991 sowie den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung von 2003. Dies ist auch gelebte Praxis und wird so umgesetzt. Die Selbstverpflichtung gilt auch für alle städtischen Flächen, die zur Nutzung an Dritte weitergegeben werden.

Herr Fröhlich spricht sich dafür aus, den entsprechenden Beschluss zu fassen, da es sich um ein wichtiges Thema handelt.

Frau Eisenblätter stellt die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Die Landeshauptstadt Potsdam verzichtet ab sofort bei allen Flächen unter ihrer Bewirtschaftung auf den Einsatz von Herbiziden mit dem Wirkstoff Glyphosat. Ausnahmegenehmigungen für die Anwendung solcher Mittel auf Nichtkulturflächen werden ab sofort nicht mehr bei den Landesbehörden beantragt.
2. Private Unternehmen, die Aufträge von der Landeshauptstadt Potsdam zur Pflege von Grün-, Sport- und Verkehrsflächen erhalten, werden entsprechend auf einen Glyphosatverzicht vertraglich verpflichtet. Bei laufenden Verträgen wird auf eine freiwillige Einigung hingewirkt.
3. Beim Abschluss neuer Pachtverträge für gemeindliche landwirtschaftliche Flächen und bei der Verlängerung von Pachtverträgen wird eine Klausel eingefügt, mit der sich der Pächter zum vollständigen Verzicht auf den Einsatz von glyphosathaltigen Mitteln auf diesen Flächen verpflichtet. Diese Vorgabe wird auch bei Verträgen umgesetzt, die eine automatische Verlängerung für den Fall vorsehen, dass keine Kündigung erfolgt.
4. Städtische Einrichtungen, die Informations- und Beratungsleistungen im Zusammenhang mit privater Gartenpflege erbringen, weisen nachdrücklich auf das geltende Verbot der Anwendung glyphosat-haltiger Mittel auf befestigten Flächen hin und vermitteln den Zugang zu Informationsquellen hinsichtlich einer pestizidfreien Pflege von Haus- und Kleingärten.
5. Unter Beteiligung fachbezogener Behörden (u.a. Bauamt, Umweltamt, Grünflächenamt) wird für alle kommunale Grün- und Verkehrsraumflächen ein angepasstes Planungs- und Pflegekonzept erstellt, das eine Bewirtschaftung ohne Glyphosat und weitestgehend ohne andere Pestizide ermöglicht. Dafür soll auf die Erfahrungen anderer Kommunen sowie sonstige Expertise (u.a. aus Umweltverbänden) zur Umsetzung einer pestizidfreien Grünflächenpflege zurückgegriffen werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	3

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Auswertung des Fachtages "Psychiatrie" vom 16.01.2018

Frau Magnussen (FB Soziales und Gesundheit weist eingangs darauf hin, dass das erarbeitete „Psychiatriekonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2018“ die Gesundheitsberichterstattung zur Erhebung der aktuellen Versorgungssituation von Menschen mit psychischen Störungen umfasst und als Grundlage für die Gesundheitsplanung und bedarfsgerechte Steuerung der psychosozialen sowie psychiatrischen Versorgung und Angebote in der Landeshauptstadt Potsdam dient.

Am 16. Januar 2018 fand eine ganztägige Fachtagung Psychiatrie der Landeshauptstadt Potsdam im Potsdam Museum – Forum für Kunst und Geschichte statt. Die Fachtagung richtete sich an Vertreterinnen und Vertreter der psychosozialen und psychiatrischen Versorgung, Politik und Verwaltung, Netzwerke und Bündnisse, Menschen mit Psychiatrieerfahrung sowie an ihre Angehörigen. Insgesamt besuchten 130 Teilnehmende die Fachtagung. In der

Fachtagung wurde über die Alternative zur vollstationären psychiatrischen Behandlung durch das Bundesministerium für Gesundheit sowie die Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik des Klinikums Ernst von Bergmann gGmbH informiert. Im Rahmen der Fachtagung wurde das Psychiatriekonzept der Landeshauptstadt Potsdam vorgestellt. Des Weiteren wurde die Möglichkeit der Etablierung eines Gemeindepsychiatrischen Verbundes in der Landeshauptstadt auf Grundlage des Psychiatriekonzeptes thematisiert und diskutiert.

Auf der Grundlage der Fachtagung und des Psychiatriekonzeptes wird mit den Trägern der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG) der weitere Prozess abgestimmt. Hierzu findet am 21.02.2018 eine Kick-off Veranstaltung im Rahmen des PSAG-Plenums mit Unterstützung der WerkStadt für Beteiligung statt, um zu eruieren, wie eine mögliche kooperative Zusammenarbeit mit den Trägern gestaltet werden könnte. Das Ziel ist ein mit der PSAG und der Verwaltung abgestimmter Maßnahmenplan, der der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss vorgelegt wird.

Abschließend weist Frau Magnussen darauf hin, dass zur Fachtagung Psychiatrie eine Dokumentation erstellt wurde.

zu 6 Sonstiges

Frau Eisenblätter berichtet über das **Treffen der Arbeitsgruppe zur Überarbeitung der Richtlinie zur Förderung sozial- und gesundheitsfürsorgender Angebote** vom 29.01.2018.

Es wurde verabredet, die Richtlinie von 2011 transparenter und praktikabler zu gestalten und den aktuellen Bedarfen anzupassen.

Festgelegt wurde, dass die Verwaltung die Richtlinie überarbeitet und der Arbeitsgruppe zur Beratung vorlegt.

Des Weiteren wurde die Prüfung der Überführung von bisher als Projekt geführten jährlich geförderten Angeboten in längerfristige Förderformen vereinbart. Dazu soll die durch den GSI-Ausschuss am 19.12.2017 abgestimmte Förderliste überprüft werden. Der Arbeitsgruppe wird durch die Verwaltung zur nächsten Sitzung ein Vorschlag vorgelegt, welche Projekte in eine längerfristige Förderform überführt werden sollten.

Die Arbeitsgruppe setzt sich wie folgt zusammen:

- für den GSI-Ausschuss: Frau Eisenblätter, Frau Schulze, Frau Dreusicke, Herr Fröhlich
- für die Verwaltung: Frau Latacz-Blume, Herr Bindheim, Frau Manecke-Otto

Es wurde verabredet, dass die Arbeitsgruppe einmal monatlich tagt.

Herr Schubert bietet an, allen Ausschussmitgliedern ein Schreiben von Herrn Dr. von Miller zur Beteiligung kommunaler Gremien in Vergabeverfahren zur Verfügung zu stellen. Daraufhin sollte innerhalb der Fraktionen geprüft werden, ob es bei den Fraktionsvertretern in der Arbeitsgruppe vergaberechtlich Probleme geben könnte.

Auf Nachfrage erklärt Herr Bindheim, dass vereinbart wurde, dass sich die Arbeitsgruppe jeweils am 1. Montag des Monats trifft. Die nächste Sitzung findet am 05.03.2018 statt.

Frau Eisenblätter verweist auf die **Themenplanung für die nächsten Sitzungen des Ausschusses**. Sie schlägt vor, Themenschwerpunkte zu setzen. Sie macht darauf aufmerksam, dass der Bericht des Jobcenters bereits veröffentlicht ist und

deshalb nicht mehr im GSI-Ausschuss gegeben werden müsse. Sofern es gewünscht wird, könne Herr Brincker für Nachfragen eingeladen werden.

Frau Kitzmann erinnert an den Auftrag aus dem Ausschuss, die Themenplanung zu straffen.

Sie schlägt vor, in der Sitzung am 20.03.2018 das Thema Wohnen als Schwerpunktthema zu behandeln. Hier soll dann die Wohnungstauschzentrale und der Wohnungsmarktbericht thematisiert werden.

Weitere Themen darüber hinaus, können auch als schriftliche Information ausgereicht werden.

Im April könne das Thema Arbeit als Schwerpunkt beraten werden. Für die Mai-Sitzung schlägt Frau Kitzmann vor, den Sachstand zum 2. Suchtaktionsplan und den Maßnahmenplan zum Psychatriekonzept vorzustellen.

Frau Schulze stimmt dem grundsätzlich zu. Es wäre zu überlegen, dass Präsentationen zu den Schwerpunktthemen zeitlich begrenzt werden. Die schriftliche Information befürwortet sie.

Sie findet es wichtig, die Projekte der Fachstelle für Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung für 2018 im Ausschuss vorzustellen.

Herr Fröhlich spricht die Themen Barrierefreiheit und Bundesteilhabegesetz an. Diese sollten aus seiner Sicht unbedingt im GSI-Ausschuss beleuchtet werden.

Frau Kitzmann erklärt, dass dieses Thema in der Oktobersitzung beraten werden soll.

Frau Liefeld spricht den Antrag von Katte e.V. auf Förderung an.

Herr Bindheim erklärt, dass er mit Katte e.V. in Verbindung ist, um eine Lösung zu finden.

Nächster GSI-Ausschuss: 20. März 2018, 18:00 Uhr

Imke Eisenblätter
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Schriftführerin